



Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenerverordnung 1990 vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I, S. 58) in der aktuell gültigen Fassung und der Baunutzungsverordnung vom 21.11.2017 (BGBl. I, S. 3786) in der aktuell gültigen Fassung.

I. Bestandsangaben

| | | | |
|---------|---|--|-----------------------------|
| --- | Gemarkungsgrenze | | Wohngebäude mit Hausnummern |
| --- | Flurgrenze | | |
| ---○--- | Flurstücks- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmal | | Wirtschaftsgebäude, Garagen |
| 12 | Flurstücksnummer | | |

II. Festsetzungen des Bebauungsplanes

| | |
|---|--|
| 1. Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i.V.m. §§ 1 bis 11 BauNVO) | |
| WA | Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO) |
| Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i. V. m. §§ 16 bis 21a BauNVO) | |
| II | Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß) (§ 20 BauNVO) |
| 0,3 | Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO) |
| 0,6 | Geschossflächenzahl (§ 20 BauNVO) |
| Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, i. V. m. §§ 22 u. 23 BauNVO) | |
| 0 | offene Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO) |
| E | nur Einzelhäuser zulässig |
| — | Baugrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO) |
| Verkehrsflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB) | |
| | Straßenverkehrsflächen |
| | Straßenbegrenzungslinie |
| | Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung |
| R+G | eigenständige Rad- und Gehwege |

| | |
|--|---|
| Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB) | |
| | Umgrünung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen |
| Sonstige Festsetzungen | |
| ••••• | Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen, z.B. von Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes |
| | Umgrünungen der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes i.V.m. § 8 der textlichen Festsetzungen |
| — | Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes |

A. TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

§ 1 Nutzungsregelungen (§ 1 (6) BauNVO)
In den allgemeinen Wohngebieten (WA und WA-1) sind die Nutzungen gemäß § 4 (2) Nr. 2 und Nr. 3 BauNVO sowie die Nutzungen gemäß § 4 (3) BauNVO nicht zulässig.

§ 2 Grundstücksgröße (gem. § 9 (1) Nr. 3 BauGB)
Die Baugrundstücke in den WA- und WA-1-Gebieten müssen eine Größe von mindestens 700 m² haben. Auf jedem Baugrundstück darf jeweils nur ein Wohngebäude errichtet werden. Eine nachträgliche Teilung der Baugrundstücke ist unzulässig.

§ 3 Maß der baulichen Nutzung, Gebäudehöhe (gem. § 9 (1) Nr. 1 u. 2 BauGB i.V.m. §§ 16 ff. BauNVO)
In den WA-Gebieten darf die Höhe des fertigen Erdgeschossfußbodens nicht höher als 0,50 m über der fertigen Straßenoberfläche liegen. Maßgeblich ist die Mitte der Straße rechtwinklig zur Mitte des Gebäudes. Grenz das Baugrundstück an zwei Straßen, ist die Straße maßgeblich, die näher an der Gebäudelfläche liegt.
In den WA-Gebieten darf die maximale Gebäudehöhe (Firsthöhe) 9,5 m nicht überschreiten, gemessen von der Oberkante fertiger Erdgeschossfußboden bis zum höchsten Punkt der Dachhaut.

§ 4 Zulässige Zahl der Wohnungen (§ 9 (1) Nr. 6 BauGB)
In den WA-Gebieten sind max. 2 Wohnungen pro Wohngebäude zulässig.
In dem WA-1-Gebiet sind max. 4 Wohnungen pro Wohngebäude zulässig.

§ 5 Ver- und Entsorgungsleitungen
Im Plangebiet sind die Ver- und Entsorgungsleitungen (Telekommunikation usw.) ausschließlich unterirdisch zu verlegen. Gasleitungen sind unzulässig.

§ 6 Gestaltung der Außenanlagen der Privatgrundstücke
Gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB sind aus Gründen des Naturschutzes (Lebensraum für Insekten, Nahrungsgrundlage für die Avifauna) die sonstigen Außenanlagen mit Ausnahme der notwendigen Erschließungen gärtnerisch anzulegen. Die Anlage von Kiesbeeten und/ oder Steinbeeten ist nicht zulässig.

Gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB ist aus Gründen des nachhaltigen Umganges mit dem anfallenden Niederschlagswasser das auf den Dachflächen anfallende Niederschlagswasser in Zisternen zu sammeln und im Haushalt als Brauchwasser zu verwenden, z.B. für die WC-Spülung, Waschmaschine usw.. Darüber hinaus kann das gesammelte Niederschlagswasser zur Gartenbewässerung genutzt werden. Die Zisternen müssen eine Mindestkapazität von 4m³ haben.

Die zu befestigenden Zufahrten, Platz- und Wegeflächen sind auf das notwendige Maß zu beschränken und in Abhängigkeit vom Untergrund möglichst ohne Versiegelung bzw. in Wasserdurchlässigen Materialien herzustellen. Der Endabflussbeiwert aller Zufahrten, Platz- und Wegeflächen darf 0,5 nicht überschreiten.

Auf jedem Baugrundstück ist gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB mindestens ein standortgerechter Laubbaum oder Obstbaum anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Als standortgerechte, einheimische Laubbäume sind folgende Arten zulässig: Stieleiche (Quercus robur), Schneeball (Viburnum opulus), Esche (Fraxinus excelsior), Faulbaum (Rhamnus frangula), Vogelkirsche (prunus avium), Liguster (ligustrum vulgare), Hainbuche (Carpinus betulus), Schwarz-Erle (Alnus glutinosa), Holunder (Sambucus nigra), Vogelbeere (Sorbus aucuparia), Traubenkirsche (Prunus padus), Pfaffenhütchen (Euonymus europaeus).

§ 7 Maßnahmen für den Artenschutz
Gem. § 9 (1) Nr. 20 BauGB müssen diejenigen Bau- und Erschließungsmaßnahmen (Beseitigung von Vegetationsstrukturen, Abschieben von vegetationsbedecktem Oberboden), die zu einer Entfernung aller Brutmöglichkeiten und damit zu Erfüllung möglicher artenschutzrechtlicher Tatbestände führen können, nach Abschluss der Brutsaison und vor Beginn der neuen Brutsaison der Vögel (also zwischen 01. August und 01. März) stattfinden. Sollte die Beseitigung von Vegetationsstrukturen, das Abschieben von vegetationsbedecktem Oberboden außerhalb des genannten Zeitraumes erforderlich sein, sind unmittelbar vor dem Eingriff diese Bereiche durch eine fachkundige Person (z. B. Umweltbaubegleitung) auf ein Vorkommen von aktuell besetzten Vogelnestern zu überprüfen. Von der Bauzeitbeschränkung kann abgesehen werden, wenn durch die Überprüfung der fachkundigen Person festgestellt wird, dass keine Beeinträchtigungen europäischer Vogelarten durch die Baufeldräumung zu befürchten sind. Beim Feststellen von aktuell besetzten Vogelnestern ist die Untere Naturschutzbehörde zu benachrichtigen und das weitere Vorgehen abzustimmen.
Die Beleuchtung der Gebäude und Zugewegungen ist auf das absolut erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Es sind ausschließlich Leuchtmittel zu verwenden, die keine Insekten anziehen (geringer UV-Anteil). Die Lampen sind so auszurichten, dass ausschließlich die Straßen beleuchtet werden. Der für Fledermäuse relevante Grenzwert von 0,5 Lux ist zu beachten.

§ 8 Festsetzungen zum passiven Lärmschutz:
Aufgrund der Überschreitungen der Orientierungswerte sind die Außenbauteile von Gebäuden oder Gebäudeteilen, in den nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen, in die in der folgenden Tabelle genannten Lärmpegelbereiche gemäß DIN 4109-01: 2018-01 "Schallschutz im Hochbau" einzustufen. Dabei werden die maßgeblichen Außenlärmpegel für schutzbedürftige Räume unter Verwendung der Lärmpegelbereiche wie folgt festgelegt und in Teilbereiche des passiven Lärmschutzes zusammengefasst:

| | Geschoss | TB 1 | TB 2 | TB 3 |
|-------------------------|---------------------------|-----------|------|------|
| Lärmpegelbereiche (LPB) | Fassaden zur 403 *) | EG und OG | IV | III |
| | Seitenfassaden *) | EG und OG | IV | II |
| | Rückseiten der Gebäude *) | EG und OG | III | I |

*) Erläuterung/Definition:
Fassaden zur Achse der K 403:
Fassaden, die einen Winkel von 0 bis 60 Grad zur Achse der K 403 bilden
Seitenfassaden
Fassaden, die einen Winkel von 60 bis 120 Grad zur Achse der K 403 bilden
Rückseiten der Gebäude
Fassaden, die einen Winkel von 120 bis 180 Grad zur Achse der K 403 bilden

Um für die bei Schlafräumen notwendige Belüftung zu sorgen, ist beim Neubau oder der wesentlichen Änderung von Gebäuden in allen Teilbereichen mit Festsetzungen von Lärmpegelbereichen (LPB) aus Gründen des Immissionsschutzes bei Schlaf- und Kinderzimmern der Einbau von schalldämmten Lüftern vorgeschrieben, soweit keine Lüftung über eine rückseitige Gebäudefassade*) (nur im TB 3) möglich ist. Gleiches gilt für Räume mit sauerstoffzehrenden Heizanlagen.
Die Einhaltung der erforderlichen Schalldämmwerte ist bei der genehmigungs- oder anzeigepflichtigen Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden oder Gebäudeteilen nachzuweisen.

Einzelnachweise
Für die Bemessung des passiven Schallschutzes können neben den Lärmpegelbereichen auch die maßgeblichen Außenlärmpegel verwendet werden.
Abweichungen von den o.g. Festsetzungen sind mit dem entsprechenden schalltechnischen Einzelnachweis zulässig.

Hinweis: In den textlichen Festsetzungen wird auf DIN-Vorschriften verwiesen. Diese werden bei der Gemeinde Bad Essen zur Einsicht bereitgehalten.

§ 9 Ausschluss fossiler Brennstoffe
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist die Verwendung von festen und flüssigen Brennstoffen in Heizanlagen, Öfen, Kaminen und ähnlichen Verbrennungsanlagen zur Raumheizung und Warmwasserbereitung unzulässig. Der Ausschluss gilt nicht für Blockheizkraftwerke, Pellet-Heizungen und für die Verwendung von Holz- und Holzprodukten in Kaminen und Öfen für die Heizung eines einzelnen Raumes innerhalb einer Wohnung.

B. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

- Dachformen**
Zulässig sind nur Sattel-, Wal-, Krüppelwal- und versetzte Pultdächer.
- Dachneigungen/ Garagen und Nebenanlagen:**
Für Gebäude mit einer Traufenhöhe von bis zu 4,2m muss die Dachneigung 25° bis 50° betragen. Für Gebäude mit einer Traufenhöhe von mehr als 4,2m muss die Dachneigung 15° bis 35° betragen. Garagen und Carports gemäß § 12 BauNVO und Nebenanlagen nach § 14 BauNVO bis zu einer Grundfläche von insgesamt 55qm sind auch in Flachdachbauweise oder mit abweichenden Dachneigungen zulässig.
- Dachaufbauten, -einschnitte und Frontspieße**
Dachaufbauten (Gauben), Dacheinschnitte (Loggien) und Frontspieße sind nur bei Dächern mit einer Neigung ab 35° zulässig.
Ihre Gesamtlänge je Gebäudeseite darf 2/5 der jeweiligen Traufhöhe, gemessen in der senkrechten Ansichtfläche (h/2) des Dachaufbaus bzw. Dacheinschnittes nicht überschreiten.
Die Höhe der senkrechten Ansichtsfäche von Dachaufbauten (Gauben) wird auf 1,60 m begrenzt.
Dachaufbauten, -einschnitte und Frontspieße sind so zu errichten, dass
- vom Ortgang ein Mindestabstand von 2,0 m;
- vom First und vom unteren Dachrand ein Mindestabstand von 1,0 m verbleibt, der Mindestabstand vom unteren Dachrand entfällt bei Frontspießen.
- Einfriedigungen:**
Einfriedigungen sind allgemein zulässig. Im Vorgartenbereich (Bereich zwischen Straßenbegrenzungslinie und der Baugrenze) nur als Metall-, Holzzäune oder Hecken. Diese sind nur bis zu einer Höhe von max. 0,8m zulässig. Blickdichte Metall- und/ oder Holzzäune sind nicht zulässig.
- Werbeanlagen:**
Werbeanlagen sind im Plangebiet nur bis zu einer Ansichtsfäche von 0,5qm zulässig.
- Außenwandgestaltung:**
Fassaden-Verkleidungen, die ein Verblend- oder Sichtmauerwerk vortäuschen, sind unzulässig.

7. Oberflächenwasser
Die Oberflächenabflüsse auf den Privatgrundstücken sind vor Ort über geeignete Anlagen zu versickern, ein Anschluss an den Regenwasserkanal ist nicht vorgesehen.
Die bautechnischen Details und Festlegungen der Anlagengrößen sind auf Grundlage des Arbeitsblatts DWA-A 138-1 festzulegen.
Die Versickerungsanlagen auf allen Privatgrundstücken sind für ein 5-jährliches Regenergeignis zu bemessen. Bei allen privaten Grundstücken beträgt die benötigte Fläche für eine Muldenversickerung rund 23 % der angeschlossenen befestigten Fläche.

C. HINWEISE
Archäologische Bodenfunde
Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlensammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der Stadt- und Kreisarchäologie Osnabrück, Lotter Straße 2, 49078 Osnabrück, Tel. 0541/323-4433, oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege - Referat Archäologie - Stützpunkt Oldenburg, Offener Straße 15, Tel. 0441/ 799-2120, unverzüglich gemeldet werden. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Ökologische Bau- Nutzungsempfehlungen:
Energie:
Zur Einsparung von Energie und zur Minimierung der Schadstoffbelastung der Umwelt sind Bauvorhaben möglichst so zu planen, dass auf Dauer ein geringer Energiebedarf entsteht und ein rationaler und sparsamer Umgang mit Energie möglich ist. Nach diesem Grundsatz sind Baukörper, baulicher Wärmeschutz und Heizungs- und Lüftungsanlagen im Zusammenhang zu entwickeln und auch die Anforderungen an Belichtung, Beleuchtung zu planen. Der Einsatz regenerativer Energien (Solaranlagen usw.) ist grundsätzlich zu prüfen. Ökologische Wirksamkeit, Funktionsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen müssen gewährleistet sein. Der energetische Standard von Niedrigenergie- bzw. Passivhäusern sollte dabei angestrebt werden.
Wasser:
Ziel ökologischen Bauens ist ein reduzierter Trinkwasserverbrauch. Dazu kann die Installation Wassersparender Armaturen und Haushaltsgeräte beitragen.

Grün:
Bei der Planung der Außenanlagen und der Baudurchführung ist vorhandene Vegetation zu schützen und soweit möglich zu erhalten. Für Grundstücke und Gebäude sind möglichst Begrünungskonzepte zu entwickeln, die Aussagen über die Nutzung von Niederschlags- und Grundwasser einschließen sollen. Insbesondere ist die Möglichkeit der Fassaden- und Dachbegrünung (z.B. bei Garagen und Carports) zu prüfen.
Zu beachten ist dabei die Sicherung geeigneter Standorte für die getrennte Sammlung von Abfall bzw. Wertstoffen ggf. auch für die Eigenkompostierung und die Auswahl standortgerechter Pflanzen zur Vermeidung von hohem Pflegeaufwand. Feuchtbiootope bzw. Teiche werden zur Sammlung von Oberflächenwasser und als Rückstaubecken empfohlen. Die Raumbildung innerhalb der Freianlagen sollte mit Hilfe von Vegetationsstrukturen (Hecken statt Mauern) erfolgen.
Heimische Gehölze und Stauden sind im Rahmen der Pflanzenverwendung nicht nur als Gestaltungsmittel, sondern auch unter ökologischen Aspekten als Vogelnährgeholz und Bienenweide auszuwählen.
In der Ortschaft lebenden Wildtierarten sind durch geeignete Maßnahmen zu schützen.

Bauprodukte, Bauteile:
Bei der Auswahl von Bauprodukten und Baustoffen sind die Aspekte der Rohstoffgewinnung bzw. Herstellung, Transport, Verarbeitung, Nutzung (Innenraumlufthygiene, Dauerhaftigkeit, Instandhaltung/ Wartung/ Pflege), die Weiter- bzw. Wiederverwertbarkeit (Recyclingpotential) und die Entsorgung maßgeblich für eine nachhaltige Gesundheits- und Umweltverträglichkeit, Emissionsarme und leicht trennbare Baustoffe und Bauprodukte für ein hohes Recyclingpotential und zur einfachen Entsorgung sind bestmöglich zu berücksichtigen. Bei der Terminplanung sind angemessene Verarbeitungszeiträume anzusetzen, die die Gesundheitsverträglichkeit beeinträchtigen (z.B. ausreichende Trocknungszeiten bei der Verwendung von Anstrichen und Klebern).

Stellplätze auf Privatgrundstücken:
Auf den privaten Baugrundstücken sollen 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit errichtet werden.

| | | |
|--|---|-------------------|
| Bad Essen, den | (SIEGEL) | Der Bürgermeister |
| | | |
| Aufstellungsbeschluss | | |
| Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde Bad Essen hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden. | | |
| Bad Essen, den | | Der Bürgermeister |
| | | |
| Planunterlage | | |
| Kartengrundlage: | Liegenschaftskarte | |
| Maßstab: | 1:1000 | |
| Quelle: | Auszug aus dem Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung © | |
| Herausgeber: | Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Osnabrück-Meppen | |
| Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen, sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich. | | |
| Osnabrück, den | | |
| Geschäftsnachweis: | | |
| | | |
| Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Osnabrück-Meppen - Katasteramt Osnabrück - | (Dienstsiegel) | |

| | | |
|--|--|-------------------|
| Veröffentlichung | | |
| Der Rat/Verwaltungsausschuss der Gemeinde Bad Essen hat in seiner Sitzung am dem Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die Veröffentlichung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. | | |
| Ort und Dauer der Veröffentlichung wurden am ortsüblich bekannt gemacht. | | |
| Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen wurden vom bis gemäß § 3 Abs. 2 BauGB veröffentlicht. | | |
| Gemäß § 4a Abs. 2 BauGB sind gleichzeitig die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt worden. | | |
| Bad Essen, den | | Der Bürgermeister |
| | | |
| Satzungsbeschluss | | |
| Der Rat der Gemeinde Bad Essen hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am als Satzung (§10 BauGB), sowie die Begründung beschlossen. | | |
| Bad Essen, den | | Der Bürgermeister |
| | | |
| Inkrafttreten | | |
| Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 94 "Südlich Wittlager Straße" ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am ortsüblich bekannt gemacht worden. | | |
| Der Bebauungsplan ist damit am rechtsverbindlich geworden. | | |
| Bad Essen, den | | Der Bürgermeister |
| | | |
| Verletzung von Vorschriften | | |
| Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formschriften gemäß § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich. | | |
| Bad Essen, den | | Der Bürgermeister |
| | | |

Übersichtskarte M. 1:10.000 © OpenStreetMap-Mitwirkende

Lagebezug: ETRS89 UTM 32N

| | | | |
|----------------------|--|-------------|---------|
| Entwurfsbearbeitung: | | Datum | Zeichen |
| | | bearbeitet | 06.2026 |
| | | gezeichnet | 06.2026 |
| | | geprüft | lo/ Hd |
| | | freigegeben | |

Wallenhorst, 04.06.2026

Plat: H:\B_ESSEN\225169\PLAENE\BP\bp_tplan-94_04.dwg (B-Plan)

| | | | |
|----------------------|--|-----------------------------------|--|
| | | Gemeinde Bad Essen | |
| | | Bebauungsplan Nr. 94 | |
| | | "Südlich Wittlager Straße" | |
| | | mit örtlichen Bauvorschriften | |
| Vorentwurf | | Maßstab 1:1.000 | |
| Protokoll 04.06.2026 | | Speicherdatum 04.06.2026 | |